

auf die Ereignisse in seiner Umgebung: auf das Gären in der serbischen Albanerprovinz Kosovo, auf die Unruhe unter der starken albanischen Minderheit in Mazedonien. Militärisch auf sich allein gestellt, wäre das Armenhaus Europas zweifellos eine schnelle Beute für Territorialgelüste seiner Nachbarn.

Besonders herzlich waren die Beziehungen zwischen Albanien und Griechenland nie. Erst 1987 hatten die beiden Länder den Kriegszustand aus dem Zweiten Weltkrieg beendet.

Hellenenpremier Konstantin Mitsotakis, 74, warnte Albanien vor den wirtschaftlichen Folgen, sollte es weiter die Eskalation mit Griechenland suchen. Dann werde Athen auch die Forderung auf Autonomie für die griechische Minderheit in Albanien erheben.

Tirana will davon nichts wissen. Allenfalls noch 60 000 Bürger seien griechischer Herkunft. Griechische Quellen sprechen dagegen von bis zu 400 000 Hellenen, die zumeist unmittelbar an der Grenze zu Griechenland leben. Schon ab September wollen die Griechen in Albanien eigene Schulen durchsetzen.

Die „Union für die Menschenrechte“, die die griechische Minderheit vertritt, wähnt hinter der jüngsten Konfrontation den Versuch, den Einfluß des islamischen Fundamentalismus auszuweiten. Etwa 70 Prozent der Albaner sind Moslems.

Als Mitglied der Islamischen Konferenz erhalten Hodschas Erben unterdessen großzügige Kredite von der Islamischen Entwicklungsbank. Allerdings bleibt die religiöse Renaissance bisher weit hinter den Erwartungen der Fundis zurück.

In der Moschee im Zentrum von Gjirokaster, unweit vom Geburtshaus des ehemaligen Diktators Enver Hodscha, schenkt der Prediger Hajri Abendin Didi, 77, jedem Besucher einen in schönes Weinrot gebundenen Koran – Geschenk des Königs von Saudi-Arabien, der das Land mit solchen Gaben überschüttet. Zehn Kartons mit Koranbänden, wahlweise in türkisch oder albanisch, stehen nutzlos im Gotteshaus als einziges Mobiliar neben dem Kassettenrekorder für den Ruf zum Gebet.

Theodhori Mikolla, dem Nachfolger des verjagten griechischen Archimandriten, geht es bei der Popularisierung des orthodoxen Glaubens kaum besser. Der junge Priester hat ein Tonband neben den Altar gestellt, das die orthodoxe Messe abspielt.

Die Patriarchatskirche Erzengel Michael und Gabriel aus dem 18. Jahrhundert ist leer. Nur ein paar Kinder spielen unter den Stühlen mit Murmeln. Der Priester sitzt vor dem Eingang an einem hölzernen Tischchen und klagt über die spärlichen Spenden. □

Japan

Tiefes Bedauern

Nach fast 40 Jahren Herrschaft droht den korrupten Liberaldemokraten ein Wahlidebakel.

Es ist schon etwas peinlich“, nörgelte vorige Woche ein Mitglied der deutschen Delegation auf dem G-7-Gipfeltreffen der führenden Industrienationen der Welt in Tokio, „mit Politikern zu diskutieren, die wahrscheinlich in einer Woche alle nichts mehr zu sagen haben.“



Premier Miyazawa: „Ich bin nicht der Showmaster“

Ministerpräsident Kiichi Miyazawa, 73, war diese Stimmung keineswegs entgangen. Er erregte sich: Als Gastgeber des Gipfels sei er „nicht der Showmaster“ der Veranstaltung, sondern nach wie vor ein führender politischer Kopf. Außerdem sei er „nicht so unverantwortlich, nach dem Gipfel zurückzutreten“.

Am kommenden Sonntag wird das Unterhaus des japanischen Parlaments neu gewählt. 512 Mandate sind zu vergeben, 955 Kandidaten aus mehr als 10 Parteien bewerben sich. Erstmals seit 38 Jahren scheint es fast sicher, daß die liberaldemokratische Regierungspartei LDP ihre absolute Mehrheit einbüßen wird.

Miyazawa und sein Kabinett haben nach nur 20monatiger Amtszeit abge-

wirtschaftet. Seiji Tsutsumi, einflußreicher Wirtschaftsführer in Tokio, beschwor den unbeliebten Premier, die Wahlchancen der LDP in letzter Minute zu verbessern und unverzüglich zu demissionieren.

Ein politischer Wechsel bahnt sich an, Koalitionen werden die gewohnte Einparteiherrschaft ablösen. Viele Japaner befürchten jetzt politische Instabilität, wie sie die Nation nur in der ersten Nachkriegszeit erlebt hat. Die nächste Regierung, wer sie auch stellt, „wird nach höchstens einem Jahr stürzen“, prognostiziert Ichiro Ozawa, Generalsekretär der Shinseitō, der „Erneuerungspartei“.

Ozawa, einstiger LDP-Generalsekretär, war maßgeblich beteiligt am plötzlichen Ende der trügerischen politischen Ruhe in Nippon: Er und 38 LDP-Gesinnungsfreunde hatten im vergangenen Monat einem Mißtrauensantrag der Op-

position gegen die Regierung zum Erfolg verholfen, sodann die LDP durch ihren Austritt gespalten und Shinseitō gegründet.

Miyazawa scheiterte an seiner Unfähigkeit, die von ihm versprochenen Reformen tatsächlich einzuleiten. Die LDP, seit ihrer Gründung im Jahr 1955 ein nur schwach kaschierter Mächterhaltungs- und Geldmehrungsverein, taumelt richtungslos von einem Korruptionsskandal zum nächsten. Reform hieße, den Spendensumpf trockenzulegen und der vom ehemaligen Premier Tanaka zwar nicht erfundenen, aber zu höchstem Raffinement entwickelten „Politik des Geldes“ ein Ende zu bereiten.

Tanaka war Ozawas politischer Ziehvater. Doch er habe, sagt Ozawa,



Abtrünniger Hata
„Progressiver Konservatismus“

mit der Vergangenheit gebrochen. „Wir entschuldigen uns beim japanischen Volk“, heißt es im Gründungsmanifest der Shinseitō, „und bedauern zutiefst, zum Kern der LDP gehört und zur Einparteiherrschaft der LDP beigetragen zu haben.“

Mit dem Bedauern jedoch sei „das Problem Ozawa noch nicht gelöst“, meint die frühere Vorsitzende der Sozialisten, Takako Doi: „Wenn wir es einfach ignorieren, traut uns das Volk nicht, egal wie laut wir von politischer Reform reden.“

Wäre der bullige Ozawa nicht, sähen sich die Sozialisten schon vor der Wahl mit den Erneuerern in einer Koalition. Die SPJ, derzeit größte Oppositionspartei mit 140 Abgeordneten im Unterhaus, wäre gar bereit, der kleinen Shinseitō mit ihren derzeit nur 36 Mandaten den Posten des Premiers zu überlassen. Der hieß dann Tsutomu Hata, 57. Der Parteichef der Erneuerer war bis vorigen Winter noch Finanzminister im Kabinett Miyazawa.

Ungleichere Weggefährten sind kaum vorstellbar: Einerseits die LDP-Renegaten, die einen kruden „neuen progressiven Konservatismus“ versprechen und ansonsten in der Außen- und Sicherheitspolitik von der althergebrachten LDP-Linie nicht abzuweichen geloben; andererseits die Sozialisten, die von Nippons unbewaffneter Neutralität träumen, Nordkorea für den legitimen Vertreter ganz Koreas halten und amerikanische Stützpunkte in Japan sofort schließen möchten.

Doch für ihren „jahrzehntelangen Traum, an der Macht teilzuhaben“, so SPJ-Chef Sadao Yamahana, signalisieren die japanischen Linken Flexibilität: „Natürlich möchten wir unsere politischen Grundsätze bewahren, doch starres Beharren darauf macht jede Chance einer Koalition zunichte. Deshalb werden wir große Zugeständnisse machen müssen.“

Soviel Prinzipienlosigkeit geht vielen altgedienten Sozialisten entschieden zu weit. Eine Palastrevolution droht, die Partei riskiert die Spaltung. Dem Shinseitō-Vorständler Kojo Watanabe käme das gelegen: „Wenn sich die SPJ nicht von ihrem linken Flügel trennt, hätte eine Koalitionsregierung keine politischen Prinzipien und könnte sich nicht lange halten.“

Die von den Sozialisten favorisierte Lösung einer Koalition aller Parteien, außer Liberaldemokraten und Kommunisten, scheint bei den Wählern nicht auf Gegenliebe zu stoßen: Mit diesem Vorschlag waren sie am 27. Juni in die Präfekturwahl für Tokio gezogen und hatten mehr als die Hälfte ihrer Mandate verloren.

Das läßt manchen in der LDP neue Hoffnung schöpfen, daß die ganze Macht noch nicht verloren ist. Wenn die Wähler es denn wollten, ließen mehrere LDP-Abtrünnige durchblicken, könnten sie ja auch mit einer erneuerten reformwilligen Liberaldemokratischen Partei koalieren.

Als Retter der Konservativen bietet sich mit Toshiki Kaifu ein Verlierer an: Der war als Ministerpräsident 1991 mit seinem politischen Reformprogramm gescheitert. □

Baltikum

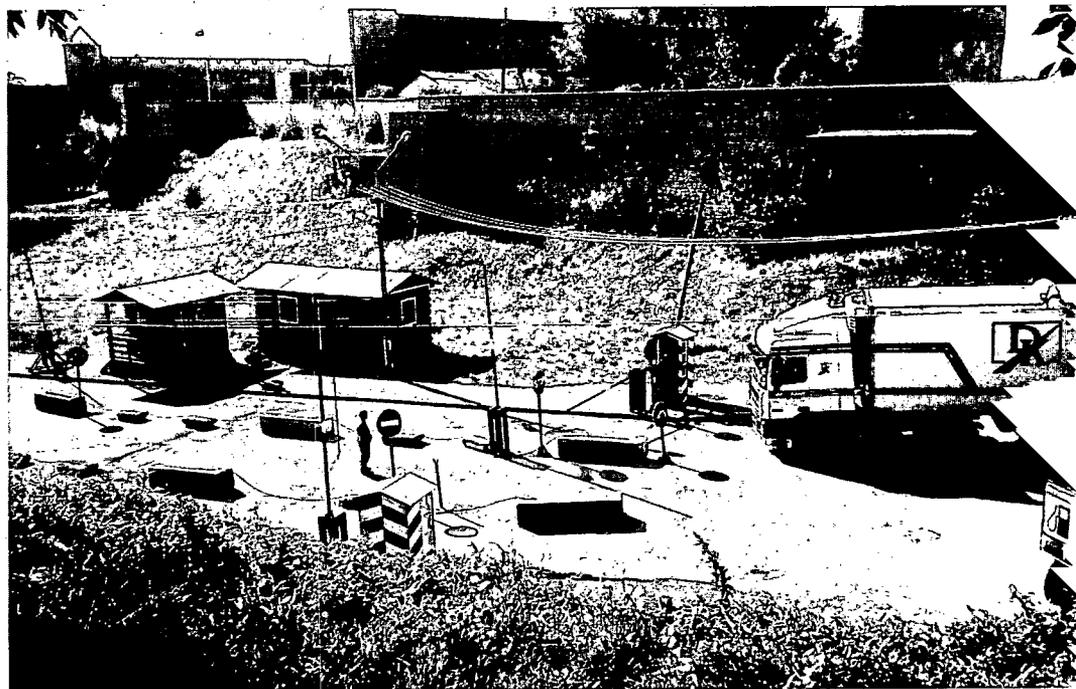
Echo der ersten Liebe

Die 550 000 in Estland lebenden Russen rebellieren gegen ihre Ausgrenzung.

Morgens machen sie sich auf nach Iwangorod. Schnell tauschen sie an der Straßenecke bei windigen jungen Männern in Trainingsanzügen Kronen gegen Rubel, fignern den noch gültigen roten Sowjetpaß aus der Plastikhülle und eilen nach kurzer Kontrolle über die „Brücke der Freundschaft“. Drüben beginnt Rußland.

Die Rentner des estnischen Narwa besuchen in der Schwesterstadt Verwandte, pflegen auf dem Friedhof die Gräber ihrer Angehörigen. Oder sie kaufen ein: Auf der anderen Seite sind Lebensmittel billiger als in Estland.

Nahe der Brücke, auf dem Koidul-Boulevard, hat sich Walentina Belousowa plaziert. Die Rentnerin mit der gelben Strickmütze sammelt Unterschriften gegen das soeben vom Tallinner Parlament verabschiedete Ausländergesetz. Das ermögliche, so raunt die frühere Juristin den nach Iwangorod strebenden „Genossen“ unheilschwanger zu, unter der russischen Bevölkerung Estlands eine „Säuberung“ zu veranstalten wie zu Stalins Zeiten.



Estnisch-russischer Grenzübergang bei Narwa: „Stunde der Entscheidung“